

Feuerstein: „Völliger Quatsch“

CDU und SPD lehnen Machbarkeitsstudie für ehemalige JVA ab



Ehemalige JVA in Göttingen: Die Grünen beantragen eine Machbarkeitsstudie für das Baudenkmal. foto: Christina Hinzmann

Göttingen. In der Diskussion um die Zukunft der ehemaligen JVA am Waageplatz in Göttingen herrscht weiterhin Uneinigkeit im Bauausschuss des Rates. Die einen – Verwaltung, SPD und CDU – lehnen weitere Investitionen in das städtische Gebäude ab, streben einen Verkauf an. Die anderen – Grüne und Linke – lehnen einen Verkauf ab. Sie sehen das Gebäude stattdessen als möglichen Standort für ein Soziales Zentrum, um das sich eine Initiative seit Jahren bemüht.

Zuletzt entzündete sich der Streit an einem zur jüngsten Bauausschusssitzung eingebrachten Antrag der Grünen. Darin fordern die Grünen eine Machbarkeitsstudie für die JVA, um zu ergründen, welche Nutzung der

Räumlichkeiten überhaupt möglich ist. „Wir wissen zu wenig über den wirklichen Zustand des Gebäudes und damit ist eine Entscheidung, welches Konzept dort realisiert wird, schlichtweg nicht möglich“, hatte Dagmar Sakowsky, stellvertretende Vorsitzende des Bauausschusses, vorab argumentiert.

Bauverwaltung sieht keine Kapazitäten

Sylvia Binkenstein (SPD) mahnte, dass die Stadt selbst kein Geld habe, die JVA zu sanieren. Hier sei man auf Investoren angewiesen. Auch eine Machbarkeitsstudie, ohne zu wissen, in welche Richtung die neue Nutzung gehen soll, sei sehr teuer. Baudezernent Frithjof Look machte deutlich, dass die Bauverwaltung keine Kapazitäten habe. Eine Sanierung des denkmalgeschützten Hauses werde es nicht geben.

Für die CDU nannte Olaf Feuerstein die von den Grünen erneut ins Spiel gebrachte Machbarkeitsstudie „völligen Quatsch“. Es sei „äußerst witzig“, eine solche Studie zu erstellen, wenn doch klar sei, dass das Gebäude verkauft werden soll. Fraktionskollege Ehsan Kangarani machte aber auch deutlich, dass ein Nein der CDU zu einer Studie nicht gleichbedeutend sei mit einem Nein zu einem Sozialen Zentrum.

Initiative Soziales Zentrum mit ins Boot holen

Jost Leßmann (Linke) und Julian Schlumberger (Grüne) sprachen sich für eine Machbarkeitsstudie aus. Leßmann schon aus dem Grund, um ein Verfahren wie mit der Trafo Hub GmbH aus Braunschweig zu verhindern. Die waren von ihren Sanierungs- und Nutzungsplänen wieder abgerückt. Schlumberger sprach sich dafür aus, die Initiative Soziales Zentrum als aktuell einzige Bewerberin um das Gebäude mit ins Boot zu holen.

Die Initiative selbst hat den erneuten Vorstoß der Grünen „als einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung“ begrüßt. Sie erinnerte daran, dass die Erstellung einer Machbarkeits- und Finanzierungsstudie schon 2019 mit der Voruntersuchung zum Sanierungsprogramm Nördliche Innenstadt verabschiedet worden sei. mib